Nr. 254. 14. Jahrgang.

Hamburger Echo.

Das „Hamburger Echo" erscheint täglich, außer Montags.
Der Abonnementspreis (inkl. „Die Neue Welt") beträgt: durch die Post bezogen (Nr. des Postkatalogs 3334) ohne Bringegeld vierteljährlich M. 3,60; durch die Kolportöre wöchentl. 30 ₰ frei in's Haus. Einzelne Nummer 5 ₰. Sonntags-Nummer mit illustr. Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 ₰.
Verantwortlicher Redaktör: Gustav Wabersky in Hamburg.

Mittwoch, den 31. Oktober 1900.

Anzeigen werden die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum mit 30 ₰, für den Arbeitsmarkt, Vermiethungs- und Familienanzeigen mit 20 ₰ berechnet.
Anzeigen-Annahme in der Expedition (bis 6 Uhr Abends), in den Filialen, sowie in sämmtlichen Annoncen-Büreaus.
Redaktion und Expedition: Große Theaterstraße 44 in Hamburg.

Filialen: Nord-St. Pauli, Eimsbüttel, Langenfelde, Lokstedt und Eidelstedt bei Carl Dreyer, Belle-Alliancestr. 54, pt. l., Eimsbüttel. Hohelust, Eppendorf, Groß-Borstel, Fuhlsbüttel, Ohlsdorf und Winterhude bei Ernst Großkopf, Lehmweg 51, Eppendorf. Barmbek, Uhlenhorst bei Theodor Petereit, Heitmannstraße 12, Barmbek. St. Georg, Hohenfelde, Borgfelde, Hamm, Horn und Schiffbek bei Carl Ortel, Baustr. 26, Hs. 8, 1. Etage, Borgfelde. Hammerbrook, Rothenburgsort, Billwärder und Veddel bei Rud. Fuhrmann, Schwabenstr. 33, Hammerbrook. Eilbek, Wandsbek und Hinschenfelde bei Franz Krüger, Sternstr. 36, Wandsbek. Altona bei Friedrich Ludwig, Bürgerstr. 89, Altona. Ottensen, Bahrenfeld, Othmarschen-Blankenese bei Johannes Heine, Erdmannstr. 14, Ottensen.

Hierzu eine Beilage.

Zwischen zwei Stühlen.

Die Zentrumsmannen wollen nun Ernst gemacht haben mit den Belohnungen für die Gefälligkeiten, die sie den verbündeten Regierungen erwiesen haben. Sie haben die große Schlachtflotte bewilligt; sie haben zur Deckung der Kosten ein ganzes Bündel neuer Steuern präsentirt und sie haben, sage man, was man wolle, auch ihre Zustimmung zur Hinausschiebung der Reichstagsverhandlungen über die chinesische Angelegenheit gegeben. Nunmehr haben die Staatsmännchen der Zentrumsfraktion doch mehr oder weniger Furcht vor einer „Rebellion" unter den Wählern, denen immer mehr neue Steuern und Lasten aufgebürdet werden, die aber von „Erfolgen" der Zentrumspolitik nichts zu sehen bekommen. Anzeichen, daß eine solche „Rebellion" möglich ist, sind mehrfach zu bemerken gewesen. Nun möchte man die Wähler beschwichtigen, und zwar dadurch, daß man ihnen einige solcher „Erfolge" vorweist. Alsdann glauben die schwarzen Häuptlinge, ihre Eiertanz-Politik mit Erfolg weiter betreiben zu können.

Darum verlangen und „erwarten" die Zentrums-Organe von dem neuen Reichskanzler die Aufhebung des Jesuitengesetzes.

Der alte Hohenlohe, so sagen sie, habe Verhandlungen eingeleitet, um die Zustimmung der verbündeten Regierungen zu der vom Reichstage schon vier Mal beschlossenen Aufhebung des Gesetzes endlich einzuholen. Graf Bülow habe dies mit übernommen und es hieße den Reichstag „brüskiren", wenn man nunmehr der Frage nicht ernstlich näher treten wolle.

Das ist an und für sich richtig, wenn auch von anderer Seite bestritten wird, daß Fürst Hohenlohe irgend welche ernsthaften Verhandlungen betreffs Aufhebung des Jesuitengesetzes eingeleitet habe.

Graf Bülow würde allerdings am besten thun, wenn er das Jesuitengesetz, dieses letzte Ueberbleibsel des „Kulturkampfes", aus der Welt schaffen würde. Man wird doch in der Regierung selbst nicht an die Ammenmärchen glauben, mit denen die Furcht und die Feigheit blasser Liberaler den Jesuitenorden umgeben hat. Der Kulturkampf wurde begonnen, um dem thatendürstigen Liberalismus einen Knochen hinzuwerfen, an dem er nagen und sich dabei austoben und auskurren konnte. Der Jesuitenorden ist auch nicht mehr, was er war; er stellt nicht mehr die ungeheure Macht vor, die er einst war.

Wenn wir sonach aufrichtig und entschieden nach wie vor für die Aufhebung des ganz zwecklosen Jesuitengesetzes eintreten, da wir Gegner aller Ausnahmegesetze sind, so können wir uns andererseits einer gewissen Heiterkeit nicht erwehren, wenn wir die krampfhaften Anstrengungen sehen, die das Zentrum fortgesetzt macht, um die Belohnungen für seine verschiedenen „Umfälle" zu erhalten. Einmal hieß es, die verbündeten Regierungen wollten die fakultative Wiederzulassung der ausgewiesenen Jesuiten gestatten, aber davon hört man nichts mehr. Auch jetzt versichern Blätter, die es wissen können, daß man gar nicht daran denke, das Jesuitengesetz aufzuheben. Die Art und Weise, wie zur Zeit die Zentrumspresse für die Aufhebung eintritt, hört sich aber fast so an, als wolle das Zentrum von der Erfüllung dieser Forderung sein Eintreten für die Politik des neuen Reichskanzlers abhängig machen.

Wenn die Zentrumspartei ungefähr fünfhundert Mal so viel Energie, Geschicklichkeit und Karakterfestigkeit hätte, als sie wirklich hat, dann könnte sie das Jesuitengesetz zu Falle bringen.

Wir vergessen nicht, daß die Machtbefugnisse des Reichstages an sich gering sind und daß die Regierungen dies stets weidlich auszunützen verstehen. Allein das Zentrum befindet sich doch in einer günstigen parlamentarischen Situation und hätte sicherlich bei geschickter Ausnutzung der parlamentarischen Machtmittel Gelegenheit, der Regierung das Leben so sauer zu machen, daß sie gern in diesem und jenem Punkte nachgeben würde. Aber zu einer energischen Taktik kann man sich im Zentrum nicht entschließen. Die Regierung ihrerseits spart ihre Trümpfe auf, so lange sie kann, und sie wird erst mit den „Belohnungen" herausrücken, wenn sie gar keinen anderen Ausweg mehr sieht. Inzwischen können die Lieber und Genossen damit fortfahren, im Bewilligungseifer die Nationalliberalen noch zu übertreffen. Viel politischen Kredit haben diese Herren nicht mehr zu verlieren.

Die von Dr. Lieber ausgesprochene Behauptung, es werde ein neuer und schärferer Kulturkampf kommen, wird schwerlich irgend welche Bestätigung finden. Das Zentrum könnte zwar eine solche gelegentliche Auffrischung seiner Popularität ganz gewiß gut brauchen, aber die Regierungen werden sich hüten, ihm den Gefallen zu thun. Man denkt noch an die negativen Erfolge dieses Kampfes und wie er, gleich dem Sozialistengesetze, das politische Leben im Deutschen Reiche vergiftet hat, und man scheut sich, dergleichen wieder heraufzubeschwören. Im Uebrigen würde ein neuer Kulturkampf auf das katholische Volk denn doch nicht den mächtigen Eindruck machen, den Dr. Lieber offenbar erwartet. Gewiß sind die Gläubigen besorgt für das Heil ihrer Seele und hoffen, im Paradiese die Belohnung für die in diesem irdischen Jammerthal ausgestandenen Leiden zu erhalten. Wir wollen sie in dieser Hoffnung auch nicht stören, aber es giebt irdische Faktoren, die sie in dieser Hoffnung zwar nicht direkt stören, wohl aber ihre Gedanken aus den himmlischen Regionen wieder in die irdischen unwiderstehlich zurückführen. Zu diesen Faktoren gehört auch der Magen, der so dreist ist, sich mit den Aussichten auf die ewige Seligkeit nicht vertrösten zu lassen. Er fordert täglich seinen Tribut und alle Religionssysteme der Erde können das nicht ändern. Da es nun unter den Gläubigen Millionen giebt, die kein genügendes Einkommen haben, um menschenwürdig zu leben, so empfinden diese um so schmerzlicher die hohen Lebensmittelpreise, und wenn ihnen in's Gedächtniß gerufen wird, daß das fromme Zentrum an diesen hohen Preisen, an dieser Theuerung mitschuldig ist, so wird die Anhänglichkeit dieser Leute an das Zentrum und das Vertrauen auf dessen Politik nicht grade gestärkt werden. Nunmehr soll ein neuer Beutezug der Agrarier und ostelbischen Junker unternommen werden und das Zentrum hat sich von vornherein bereit erklärt, den Erfolg dieses Beutezuges zu garantiren. Das wird und muß eine erhöhte, kaum mehr erträgliche Theuerung der nothwendigsten Lebensbedürfnisse hervorbringen, und wenn man weiß, wie sehr die arbeitende Bevölkerung jetzt schon durch die hohen Lebensmittelpreise gequält und geschädigt wird, so kann man als sicher annehmen, daß sich in den Wählermassen eine große Erbitterung gegen die Brotvertheuerer vorbereitet. Davon wird auch das Zentrum sein gebührendes Theil abbekommen.

Die Aufhebung des Jesuitengesetzes könnte, wenn sie erreicht würde, diese Erbitterung nicht beschwichtigen, denn schließlich gehen auch bei den frömmsten Leuten die Bedürfnisse des Magens den Bedürfnissen nach Seelsorge und Missionspredigten vor. Und die christliche Charitas kann wohl einzelne Arme ab und zu mit des Lebens Nothdurft und Nahrung versehen, sie kann aber gegen eine systematische Theuerung, die die Wirkung einer verkehrten Gesetzgebung ist, nicht entfernt aufkommen.

Schließlich ist den ultramontanen Führern das Jesuitengesetz selbst nicht so wichtig, wie sie thun; sie wissen doch auch, daß dasselbe fast ganz ohne praktische Wirkungen geblieben ist. Aber es dient als ein treffliches Agitationsmittel und deshalb schon kommt man immer wieder auf dasselbe zurück.

Ob nun die verbündeten Regierungen in diesem Punkte schließlich nachgeben oder nicht — der Niedergang des Zentrums wird dadurch nicht aufgehalten werden. Die heuchlerische Doppelrolle, sich bald als Volks-, bald als Regierungspartei aufzuspielen, muß, wie immer in solchen Fällen, dahin führen, daß das Zentrum zwischen zwei Stühle zu sitzen kommt, daß es das Vertrauen auf beiden Seiten verliert.

Posadowsky und Genossen.

Alle uns vorliegenden Blätter nehmen Notiz von der in gestriger Nummer uns. Bl. mitgetheilten Aufklärung der „Leipziger Volkszeitung", wonach der Bueck'sche Brief wirklich vom 3. August 1898 datirt ist. Da weiß sich denn eines der Hülfsorgane des Grafen Posadowsky, die agrarische „Deutsche Tageszeitung", keinen anderen Rath, aus der schlimmen Verlegenheit herauszukommen, als daß sie krampfhaft an ihrer „Vermuthung" festhält, das Datum sei gefälscht, wenn man nicht „die Möglichkeit einer Verschreibung seitens des Herrn Bueck" annehmen wolle!!! Weiter erklärt das Blatt:

„Die ganze Datirungssache und die Art, wie sie jetzt verwendet wird, muß nachgrade den blindesten und blödesten Politiker davon überzeugen, daß es sich um weiter nichts handelt, als um eine ebenso gemeine wie grobe Intrigue."

Man kennt den Zweck, der mit solchen die politische Moral verhöhnenden Behauptungen verfolgt wird. Dazu hält das edle Blatt nicht einmal für unmittelbar nothwendig, daß das Reichsamt des Innern sich gegen diese „neueren Ausfreuungen" vertheidigt, „weil die Beschuldigungen so gegenstandslos sind und so in der Luft schweben, daß es kaum möglich ist, eine sachliche Berichtigung irgendwie zu verfassen". !!! Dem wird hinzugefügt:

„Wollen aber die sozialdemokratischen Helfershelfer und ihre sie am Gängelbande führenden Hintermänner, daß ihre neueren Beschuldigungen ernst genommen werden, so müssen sie mit greifbaren Thatsachen vor die Oeffentlichkeit treten, nicht mit dunklen Andeutungen, die das Gepräge des Gemachten an der Stirn tragen."

Es giebt eine Art Unverschämtheit, der gegenüber die Kritik sich darauf beschränken kann, lediglich die offenkundigen Thatsachen sprechen zu lassen. Eine solche Unverschämtheit liegt hier vor. Die Echtheit des Bueck'schen Briefes ist nachgewiesen. Die ministerielle „Berl. Korresp." hat zugegeben, daß sein Inhalt der Wahrheit entspricht. Ueber die Richtigkeit des angegebenen Datums kann kein Zweifel mehr bestehen. Und damit vergleiche man nun die Auslassung des Agrarier-Organs. Wer oder was hindert denn das Reichsamt des Innern, öffentlich zu erklären, daß das Datum nicht richtig angegeben, wenn es dazu in der Lage wäre?

Die „Leipziger Volkszeitung" berichtet im Anschluß an ihre das Datum betreffende Mittheilung weiter, daß der Scharfmacher-Verband seit dem Mai 1895 einen besonderen Preßfonds, hauptsächlich zur Herausgabe der „Neuen Reichskorresp.", die kostenfrei an 465 Zeitungen verschickt werde und dem „energischen Kampf gegen die Umsturzparteien" diene, unterhalte. Die Beiträge schwanken zwischen 10 und 5000 Mark. Dieser Fonds bestehe noch heute, ruhe in der Kasse der Diskonto-Gesellschaft und sei seit 1895 erheblich gewachsen.

Wenn der Scharfmacher-Verband zu Gunsten der Zuchthausvorlage agitiren wollte, so bedurfte es also nicht der Anregung des Herrn von Woedtke nach einer Zahlung von M. 12 000 an ihn, noch seiner Vermittlung bei einer Preßstelle. Der Scharfmacher-Verband hatte seinen Propaganda-Unfug ja schon so prächtig organisirt.

Das Bittgesuch des Reichsamtes des Innern, das in dem Bueck'schen Briefe vom 3. August 1898 behandelt wird, hat nichts mit dem Preßfonds zu thun, sondern wendet sich an die „Industrie" schlechthin. Die „zum Zwecke der Agitation für den Entwurf eines Gesetzes zum Schutze des gewerblichen Arbeitsverhältnisses" geforderten M. 12 000 werden aufgebracht nicht aus dem Preßfonds, sondern durch die Privatwohlthätigkeit mehrerer Großindustrieller, unter denen Exzellenz Krupp sich mit den üblichen M. 5000 einstellt. Aus allen diesen Erwägungen folgert unser Leipziger Parteiorgan, daß es sich nicht um eine publizistische Agitation handelt, daß die M. 12 000 von 1898 für andere „agitatorische" Zwecke gebraucht worden sind.

Die „Voss. Ztg." bemerkt zutreffend, daß die erstaunliche Angelegenheit, wenn sich diese Behauptungen bewahrheiteten, noch viel dunkler und ernster werden würde, als sie schon bisher erscheinen mußte. Es liege im dringendsten Interesse der Regierung, darüber keinerlei Unklarheit bestehen zu lassen.

Die ultramontane „Köln. Volkszeitung" stellt nun auch alles Ernstes die Frage, ob der Fall Woedtke der erste dieser Art ist? „Sollte Herr v. Woedtke vielleicht nur eine auch sonst übliche Praxis fortgesetzt haben? Ist es z. B. nicht möglich, daß auch die seit einigen Jahren so lebhafte Preßagitation gegen die Polen auf solche irgend einer Stelle zur Verfügung gestellten Geldmittel zurückzuführen ist?"

Dem „Hamb. Corresp." ist völlig klar, was die jetzige Situation von der Regierung fordert:

„Es wird behauptet, der Bueck'sche Brief stamme wirklich aus dem Jahre 1898 und beziehe sich nicht auf das Woedtke'sche Verlangen von 1899. Darüber muß unverzüglich Klarheit geschaffen werden, und zwar muß sich diese auch darauf erstrecken, ob das Reichsamt des Innern von diesem früheren Fall gar nichts gewußt hat oder ob wirklich versucht worden ist, an dem ersten Fall vorbeizuschlüpfen, indem man den zweiten harmloseren eingestand. Ist das Erstere der Fall, dann müssen die Schuldigen unnachsichtlich festgestellt und gefaßt werden. Sollte aber, was wir freilich nicht für möglich halten, die „Leipz. Volksztg." mit ihrer Behauptung Recht haben, dann wäre unseres Erachtens nicht nur Herr v. Woedtke, sondern auch Graf Posadowsky unrettbar verloren."

Man darf völlig überzeugt sein, daß man in den maßgebenden Kreisen bereits völlige Klarheit hat. Aber vorläufig hüten wir uns, als sicher anzunehmen, daß diese Kreise sich schon mit dem Gedanken des Abgangs Posadowskys vertraut gemacht haben. Das Gegentheil scheint der Fall zu sein. Anknüpfend an die Behauptung der „Deutschen Tageszeitung", daß die Veröffentlichung des Bueck'schen Schreibens nur erfolgt sei zu dem Zweck, den Grafen Posadowsky zu stürzen, giebt die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung", offenbar auf amtliche Veranlassung, folgende Auslassung der Münchener „Allgem. Ztg." wieder:

„Läge wirklich die Absicht vor, Posadowsky zu stürzen, so würde dieser Erfolg voraussichtlich nicht in Erscheinung treten. Denn wir glauben bestimmt zu wissen, daß Reichskanzler Graf Bülow alsbald nach seiner Ernennung dem Grafen Posadowsky die Hoffnung ausgedrückt hat, daß ihm dessen hervorragende Erfahrung und Sachkenntniß bei Führung seines verantwortungsvollen Postens zur Seite stehen werde."

Also Posadowsky wird vorläufig vom Reichskanzler gehalten und es erscheint nun so gut wie sicher, daß die Entscheidung seines Schicksals erst im Reichstage erfolgen wird.

Die „Hambg. Nachr." lassen sich heute Abend aus Berlin telegraphiren: „Der Generalsekretär Bueck erläßt die Erklärung, daß die Vorgänge, auf welche sich die bekannten Angriffe der „Leipz. Volks-Ztg." beziehen, Mitte August 1899 sich zugetragen haben und, daß alle sonst in Verbindung mit dieser Sache angestellten Behauptungen, insbesondere in Bezug auf den angeblichen ähnlichen Vorgang aus dem Jahre 1898 unwahr sind."

Wir müssen den Wortlaut der Erklärung abwarten, um ein Urtheil darüber fällen zu können.

Die chinesischen Wirren.

Die europäische Chinapolitik wird neuerdings in ein sehr beachtliches Licht gerückt durch Auslassungen verschiedener Kenner von Land und Leuten in China. Den mitgetheilten Darlegungen des Herrn v. Brandt, ehemaligen deutschen Gesandten in China, und des Verwalters der chinesischen Zölle, Sir Robert Hart, reiht sich ergänzend ein „Stimmungsbild aus Shanghai" im „B. L.-A." an. Der Korrespondent dieses Blattes ergeht sich zwar reichlich in kriegerischen Drohungen gegen das rebellische China, doch sind ihm allerlei Bedenken aufgestoßen, ob aus China wirklich so viel „zu holen" sein werde, wie man bei uns anzunehmen pflegt. Der Korrespondent schreibt:

„China mit seiner bedürfnißlosen Bevölkerung ist nicht der große Marktplatz für europäische Waaren, als der es so lange galt. Wohl mögen einige Wenige hier große Vermögen erworben haben, aber ihre Zahl wird immer geringer, denn was diese Wenigen thaten, was sie konnten, das ihnen so gut bezahlt wurde, das hat ihnen der Chinese längst abgeguckt und er wird nun selbst reich, statt den Europäern den Gewinn zu überlassen. Es wird nicht bedacht, daß der Chinese, sollte er in der That zum Beispiel in das Wesen unserer Industrie tiefer eindringen, bei seiner natürlichen Begabung für alle mechanischen Verrichtungen, seinem außerordentlichen Nachahmungstrieb und seinem überaus billigen Arbeitsmarkt bald die europäischen Konkurrenten aus dem Felde schlagen und, statt als Konsument fremder Waaren, als siegreicher Konkurrent auf dem Weltmarkt in Wettbewerb treten dürfte.

„Gott sei Dank, daß dieser Fremdenhaß, diese Verachtung alles Nichtchinesischen besteht, sonst würde sich die Konkurrenz Chinas schon längst sehr empfindlich bemerkbar gemacht haben. Gott sei Dank, daß der Chinese alle unsere Erfindungen mit einem überlegenen Lächeln von sich weist und unsere Waaren verschmäht, sonst dürften wir bald auf dem Gebiete der Industrie erleben, was der Kaufmann in China schon jetzt erfährt, nämlich, daß selbst der Europäer den chinesischen Händler dem eigenen Landsmann vorzieht. Selbst die fremden Regierungen bevorzugen schon jetzt in Shanghai einen Chinesen — er nennt sich Cheap Jack — als Lieferanten für ihre Kriegsschiffe, und die Geschäfte, die dieser unter Anderem auch mit der deutschen Marine macht, belaufen sich auf Millionen. Wie gesagt, wir können recht froh sein, daß der bedürfnißlose Chinese, der von Reis und Thee lebt und französischen Champagner und holländische Austern verschmäht, für unsere Dampfmaschinen und elektrischen Erfindungen nur das Lächeln über eine hübsche Spielerei hat. Ein Bedürfniß dafür existirt nur im europäischen China, nicht aber im Innern, wo die ungezählten Millionen konservativer Mongolen hausen, wo die menschliche Arbeitskraft so ausgebildet ist, daß sie selbst die Hülfe der Arbeitsthiere entbehren kann."

Damit ist die völlige Verfehltheit der europäischen Chinapolitik erneut dargethan. Für Europa giebt es, wie wir schon gelegentlich der „Pachtung" von Kiautschou ausführlich dargelegt haben, keine größere Gefahr, als ein gewaltsames Ausdrängen der europäischen Kultur in China. Wenn dieser Gefahr begegnet werden soll, so muß man den Kapitalismus in China aus sich selbst heraus sich entwickeln lassen, damit gleichzeitig mit diesem Entwicklungsgange die Bedürfnisse der Bevölkerung anwachsen. Dazu bedarf es natürlich einer Arbeit von Generationen.

An direkten Mittheilungen aus China liegen heute nur wenige vor. Aus Tientsin, 28. Oktober, meldet das Reuter'sche Büreau: Die Expedition, die von hier am 23. Oktober nach Hsiangho und Paoti abging, kehrte heute hierher zurück, ohne zum Kampf gekommen zu sein; 4000 Boxer hatten sich, wie gemeldet war, bei Paoti befunden, beim Herannahen der Expedition jedoch zerstreut. Man befürchtet hier, daß jede Expedition gegen die Boxer sich als verfehlt erweist, da die Boxer, obwohl sie nach wie vor die eingeborenen Christen verfolgen, sich zerstreuen und ihre Waffen verbergen, sobald sie von der Annäherung der fremden Truppen Kenntniß erhalten.

General Gaselee meldet aus Paotinfu vom 24. Oktober: Nach Anordnungen Waldersees kehren die britischen Truppen nach Peking und Tientsin zurück, wo sie am 6. November eintreffen; sie werden mit den deutschen und italienischen Truppen gemeinsam operiren. Die nach Peking zurückkehrenden Abtheilungen marschiren in drei parallelen Linien, um die auf dem Wege befindlichen Boxer abzufangen. General Richardson befehligt die Hauptkolonne. Die unter dem Befehl des Generals Campbell stehenden Truppen kehren ohne besondere Beschleunigung nach Tientsin längs des rechten Ufers des Flußlaufes, der von Paotingfu nach Tientsin führt, zurück. Auch diese Truppen fahnden auf Boxer. Eine Rekognoszirungsabtheilung bengalischer Lancers traf am 22. Oktober auf Boxer, 30 Meilen von Paotingfu, und tödtete etwa 20. Die Gesundheit der Truppen ist gut.

Die „Agence Havas" meldet aus Peking, 29. Oktober: Die Berathungen der Gesandten zur Feststellung der an China zu stellenden Forderungen dauern fort. Eine Kompagnie französischer Soldaten ist einen Tagemarsch weit in westlicher Richtung von Peking entsendet, um die Gegend von den Boxern zu säubern; acht derselben wurden getödtet, einer gefangen genommen und eine Mitrailleuse erbeutet. Die internationale Abtheilung, die von Peking nach Paotingfu marschirt war, kehrt zurück, um alle auf dem Wege befindlichen Dörfer zu säubern. Bewohner, die Waffen tragen, sollen bestraft und die Waffen unbrauchbar gemacht werden.

Li-Hung-Tschang zeigte den Gesandten an, daß Yuhsien sich vergiftete.

Aus Washington, 29. Oktober, wird berichtet: Staatssekretär Hay ließ heute Nachmittag nach Berlin und London die Antwort der Regierung der Vereinigten Staaten auf die Noten der deutschen und der englischen Regierung, betreffend das deutsch-englische Abkommen, abgehen. Die Antwort wird erst, nachdem sie in Berlin und London ausgehändigt ist, veröffentlicht.

Von der Weltbühne.

Zuchthausgesetz und Flottenpropaganda — wie reimt sich das zusammen? Zur Entschuldigung Posadowskys in Sachen der Scharfmacher-Liebesgabe führen einige ihm wohlgesinnte Blätter an, daß bei der Agitation für die Flottenvorlage nicht minder private Mittel in Anspruch genommen und auch zur Verfügung der Behörden gestellt worden sind. Die Thätigkeit des Flottenvereins, seine Bettelei im Lande — diese private Thätigkeit voll widerwärtiger Erscheinungen kennt man. Aber daß Behörden das erbettelte Geld zur Verfügung gestellt worden ist und daß sie es angenommen haben, darüber hat die Oeffentlichkeit bis jetzt nichts erfahren. Sollte das geschehen sein, so würde auch dieser Fall privater Subventionirung der Reichsbehörden für Propagandazwecke entschieden zu verurtheilen sein. Es zeugt für eine erschreckende moralische Konfusion, wenn die „Nationalliberale Korrespondenz" allen Ernstes aus „Gerechtigkeitsgefühl" die Agitation für die Zuchthausvorlage mit der für die Flottenvorlage entschuldigen möchte. Das wäre ja ein feiner Zustand, wenn nach amerikanischem Muster schließlich alle größeren staatlichen Aktionen „in einem würdelosen Abhängigkeitsverhältniß von potenten Interessentengruppen" sich befänden.

„So weit" — sagt die „Frankf. Ztg." — „wollen wir denn doch nicht kommen, und darum muß hier, beim konkreten Fall, beim Fall Bueck-Reichsamt des Innern, mit der größten Schärfe gesagt werden, daß die Keime solcher Entwicklung auszutilgen sind. Schon die Flottengeschichte sah sich trübe an. Man wird sich erinnern, daß Tirpitz eine Rundreise bei den in Frage kommenden Industriellen machte, um sie über ihre Leistungsfähigkeit zu befragen, und daß unmittelbar darauf die Organe eben dieser Industriellen aus ihrer Kenntniß der vorbereiteten Dinge heraus eine schamlose Agitation für das „patriotische Werk der Vergrößerung unserer Flotte" entfalteten. Das war nicht grade schön, dieser lose Faden zwischen Marineamt und Flottenagitation, aber wenn in einem anderen Amte die Beziehungen schon bis zur klingenden Münze gediehen sind, dann hört die Gemüthlichkeit auf. Das „Bis hierher und nicht weiter" reicht hier nicht mehr aus — hier heißt es Umkehr!"

Selbst die „Köln. Ztg." muß zugeben: „Wenn sich thatsächlich die Sitte eingebürgert haben sollte, daß bei großen nationalen Fragen der patriotische Eifer dem Staat Geldmittel für die Agitation zur Verfügung stellte, so handelt es sich um einen Brauch, dessen Bruch mehr ehrt als die Befolgung."

Freilich weiß das rheinische Kapitalistenblatt über diesen Brauch auch etwas „Rühmliches" zu sagen: „Wir haben es alsdann mit einer Sitte zu thun, die aus der reinsten Quelle, aus hochherzigem Opfermuth und treuem Bürgersinn entsprungen ist." Nun, man hat ja genugsam erfahren, was in Wirklichkeit hinter dem „hochherzigen Opfermuth" steckt. Und selbst der „Köln. Ztg." wird's bänglich zu Muthe, denn sie sagt, daß diese Sitte „den Keim zu einer verhängnißvollen und verderblichen Entwicklung in sich trägt". Dann fügt sie hinzu:

„Es liegt nun einmal in der Menschennatur begründet, daß neben die selbstlosen Bürger, denen die Begeisterung die Taschen öffnet, sich Männer drängen, denen die quälende Sehnsucht nach einem klangvollen Titel, nach den leuchtenden Sternen am Ordenshimmel das Herz schwer macht. Auch das wäre im schlimmsten Falle noch zu ertragen; die Titelsucht gehört zu den lächerlichen, aber nicht zu den bösartigen und gemeinschädlichen Schwächen der Menschen. Die Weltgeschichte wird ihren ruhigen Gang weiter gehen, auch wenn Dutzende von Männern sich oder ihren Namen mit glänzenden, aber sachlich bedeutungslosen Verzierungen behängen. Unbedingt vermieden aber muß es werden, daß auch nur der Schein entstehen kann, als ob der Staat sich in einem würdelosen Abhängigkeitsverhältniß von potenten Interessentengruppen befinde. Giebt man hier dem Teufel auch nur den kleinen Finger, so ist die Bahn frei für eine Entwicklung, an deren Ende abschreckend die wildeste und wüsteste Interessentenwirthschaft nach amerikanischem Muster steht.

„Die Sozialdemokratie bietet Alles auf, um die Massen mit dem Glauben zu erfüllen, daß wir in einem Klassenstaat leben, daß die Regierung beherrscht werde von dem Unternehmerthum. Wir können der Sozialdemokratie keinen größeren Gefallen erweisen, wir können ihr keinen wirksameren Agitationsstoff liefern, als wenn wir durch irgend etwas der Ausbreitung dieser Irrlehre Vorschub leisten. Wir bekämpfen dagegen die Sozialdemokratie, wenn wir durch die That beweisen, daß der Staat nicht in den Händen der reichen Leute ist, daß die Regierung vielmehr auf der stolzen Höhe einer richterlichen Unabhängigkeit über dem Gewühl streitender Interessen thront."

Die „Köln. Ztg." thäte doch wohl besser, sich nicht so auf das hohe Pferd der politischen Moral zu setzen. Aber die Thatsache, daß wir in einem Klassenstaat leben, und daß die Regierung von den herrschenden Interessen abhängig ist, kann sie mit ihrem Moral-Erguß nicht hinwegtäuschen.

Ein Pendant zur Zuchthausgesetz-Liebesgabe. Wie wir schon berichtet haben, hat das preußische Oberverwaltungsgericht es für zulässig erklärt, daß einem Verein, der die Sozialdemokratie zu bekämpfen sucht, von der Provinzialsynode erhebliche Geldbeihülfen zugewiesen werden. Es handelte sich um den Verein „evangelisch-sozialer Zentralausschuß", welcher nach dem Statut die Aufgabe verfolgt, die Organe der evangelischen Kirche in Schlesien gegen die sozialdemokratische Bewegung zu unterstützen und Werke der christlichen Liebesthätigkeit sowie die christliche Presse und das evangelische Vereinsleben zu fördern. Diesem hatte die Provinzialsynode eine durch Umlage aufzubringende Beihülfe von jährlich M. 12 000 für drei Jahre zur Verfügung gestellt. Eine Kirchengemeinde weigerte sich, hierzu beizutragen, da diese Ausgabe weder eine kirchliche sei, noch provinziellen Zwecken diene. Ein Verein, welcher die Sozialdemokratie bekämpft, diene nicht religiösen, sondern politischen Zielen. Das Oberverwaltungsgericht wies aber im Prinzip die Klage ab.

Diese 12 000 Mark-Geschichte sieht im Wesentlichen der anderen, welche die Herren Posadowsky und Genossen angeht, sehr ähnlich. Hier Gelder der Scharfmacher, dort Kirchengelder zur Bekämpfung der Sozialdemokratie.

In der Begründung war bekanntlich gesagt, daß die Endziele der Sozialdemokratie auf die „Vernichtung der religiös sittlichen Grundlagen", welche die Kirche zu vertheidigen haben, gerichtet seien, und deshalb die Kirche Ausgaben für die Bekämpfung der Sozialdemokratie machen dürfe. Die „Frankf. Ztg." bemerkt dazu:

„Diese Begründung mag ein Kunststück juristischer Klügelei sein; mit dem einfachen Rechtsbewußtsein aber hat sie ganz und gar nichts zu thun. Schon die einfache Thatsache, daß die Sozialdemokratie als solche sich von kirchlichen Fragen grundsätzlich fernhält, genügt, um diese ganze Gerichtsweisheit in sich zerfallen zu lassen. Es ist durchaus denkbar und wird sicherlich auch der Fall sein, daß unter den hier in Anspruch genommenen kirchlichen Steuerzahlern Sozialdemokraten sind, welche also damit zu Geldopfern gezwungen würden, die zur Bekämpfung ihrer eigenen politischen Ueberzeugung bestimmt sind. Wenn die Kirche sich in solcher Weise mit Politik befaßt, dann wird sie am letzten Ende selbst den Schaden haben."

Sozialdemokratie und Waarenhäuser. Zu diesem Thema macht die „Deutsche Volkswirthschaftliche Korrespondenz" folgende Ausführungen:

„Ein Grund für die Begünstigung der Waarenhäuser durch die Sozialdemokratie scheint sich zu ergeben, wenn man die Folgen betrachtet, welche die Gründung von Waarenhäusern für weite wirthschaftliche Kreise, namentlich für den gewerblichen Mittelstand, gehabt hat. Wenn es auch richtig ist, daß die Ursachen des Niederganges dieser Kreise vielfach in anderen Umständen als grade in dem Aufkommen der Waarenhäuser zu suchen sind, so muß doch andererseits zugestanden werden, daß ein großer Theil des Umsatzes der Waarenhäuser den bisherigen kleineren Lieferanten entgeht, und daß diese in ihrem Absatz und in ihrem wirthschaftlichen Fortkommen erheblich geschädigt werden. Die Sozialdemokratie aber weiß nur zu gut, daß alle diese unzufriedenen Existenzen ihr verfallen sind. Je mehr kleine Geschäftsleute durch die Waarenhäuser zu Grunde gerichtet werden, um so stärker müssen die sozialdemokratischen Stimmen anschwellen. — Den wahren Grund der sozialdemokratischen Vorliebe für die Waarenhäuser findet man aber dann, wenn man die Inseratentheile der sozialdemokratischen Parteiblätter durchmustert, vom „Zentralorgan" angefangen bis herunter zum kleinsten lokalen Hetz- und Gewerkschaftsblättchen. Die Inserate der Waarenhäuser ermöglichen es heute dem „Vorwärts", namentlich an Sonntagen, mit einem halben Dutzend Beilagen zu erscheinen, die großentheils mit der Reklame der bekannten Berliner Waarenhäuser angefüllt sind, in denen aber doch noch Raum genug bleibt, um ein gutes Stück redaktionellen Theils, angefüllt mit verhetzenden Notizen aller Art, zu bringen. Auf diese Weise machen sich die Waarenhäuser zu Mitschuldigen an der Ausbreitung der sozialistischen Propaganda, und hierin beruht eine ihrer gefährlichsten Wirkungen. Man wird es dem Geschäftsmann nicht verübeln können, wenn er seine Insertionsorgane ohne Rücksicht auf ihre parteipolitische Stellung nach der Zusammensetzung ihres Leserkreises aussucht; für die Bevorzugung der sozialdemokratischen Presse durch die Waarenhäuser liegen die Dinge aber doch anders. Die Stärke der Sozialdemokratie beruht ja eben darin, daß sie von einem Theil der bürgerlichen Kreise als „Partei", nicht als eine Vereinigung von ausgesprochenen Feinden aller bürgerlichen Gesellschaft und der heutigen Wirthschaftsordnung angesehen und behandelt wird. Wer die Ausbreitung ihrer in diesem Sinne wirkenden Presse fördert, macht sich zum Mitschuldigen an den staatsfeindlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie."

Die im Dienste rückläufiger Bestrebungen wirkende Korrespondenz wiederholt hier lediglich, was die Demagogen der sogenannten „Mittelstandspolitik" wer weiß wie oft schon gesagt haben. Die Sozialdemokratie nimmt bekanntlich von jeher zu der sogenannten „Mittelstandsfrage" und der Entwicklung der großkapitalistischen Betriebe einen durch die Thatsachen gerechtfertigten grundsätzlichen Standpunkt ein. Sie behandelt die „Mittelstandspolitik", deren die reaktionären Parteien, das Junker- und Agrarierthum an der Spitze, sich befleißigen, als das, was sie ist, als Schwindel. Verführe unsere Partei weniger grundsätzlich, ließe sie sich von rein praktischen Erwägungen im Partei-Interesse leiten, so könnte sie in diesem Interesse nichts mehr wünschen, als einen vollen Sieg der „Mittelstandspolitik". Denn solch ein Sieg müßte den Massen der kleinen Handeltreibenden binnen kurzer Zeit die fürchterlichste Enttäuschung bringen und sie ein für alle Mal darüber belehren, daß sie Thoren sind, den reaktionären Parteien Gefolgschaft zu leisten.

Der Etat des Reichsschatzamtes ist dem Bundesrath zugegangen. Für die Verwaltung und Unterhaltung des Kaiserpalastes in Straßburg